

13. Beratung: Änderung der Satzung des Landkreises Oder-Spree über die Erhebung von Gebühren für die Benutzung der Abfallentsorgungsanlagen - Benutzungsgebührensatzung -
Beschlussvorlage: 081/2024
14. Beratung: Änderung der Satzung des Landkreises Oder-Spree über die Erhebung von Gebühren für die Abfallentsorgung - Abfallgebührensatzung -
Beschlussvorlage: 082/2024
15. Beratung: Satzung für das Jugendamt des Landkreises Oder-Spree
Beschlussvorlage: 085/2024
16. Beratung: Kinderschutzmonitoring des Jugendamtes des Landkreises Oder-Spree - Jährliches Monitoring zu Entwicklungen und Tendenzen der Meldungen und der tatsächlich festgestellten Kindeswohlgefährdungen im Landkreis Oder-Spree - Berichtszeitraum 2023
Beschlussvorlage: 086/2024
17. Beratung: Rettungsdienstgebührensatzung 2025
Beschlussvorlage: 098/2024
18. Beratung: Entwurf Haushaltssatzung mit Haushaltsplan für das Haushaltsjahr 2025
Beschlussvorlage: 083/2024
19. Beratung: Richtlinie zur Förderung der Verbände und Beiräte für Senioren und Menschen mit Behinderung
Beschlussvorlage: 025/2024/1/NEU/NEU
20. Beratung: Streichung der Höchstfördersummen aus den Richtlinien über die Gewährung von Zuwendungen zur Förderung ambulanter sozialer Dienste und über die Gewährung von Zuwendungen im Bereich Psychiatrie und Suchthilfe - Fachförderrichtlinie Gesundheitsamt - im Landkreis Oder-Spree
Beschlussvorlage: 090/2024
21. Beratung: Weiterentwicklung von Sozialarbeit an Schulen im Landkreis Oder-Spree - Fortschreibung der Richtlinien über die Förderung von Personalkosten für sozialpädagogische Fachkräfte in der Kinder- und Jugendarbeit im Landkreis Oder-Spree
Beschlussvorlage: 087/2024
22. Beratung: Bestellung eines Prüfers des Rechnungs- und Gemeindeprüfungsamtes des Landkreises Oder-Spree
Beschlussvorlage: 097/2024
23. Beratung: Festsetzung des Wasserschutzgebietes Beeskow
Beschlussvorlage: 084/2024
24. Beratung: ÖPNV-Investitionsplan für das Jahr 2025
Beschlussvorlage: 092/2024
25. Beratung: Grundsatzbeschluss zur Vorbereitung des Neubaus eines Radweges im Tesla-Umfeld RW 05.1 Bahnhof Fangschleuse neu – Gottesbrück
Beschlussvorlage: 096/2024

26. Beratung: Baubeschluss zum Neubau eines straßenbegleitenden Radweges parallel zur Kreisstraße K 6740, Abschnitt 010, 2. BA OA Demnitz - L 38
Beschlussvorlage: 095/2024
27. Beratung: Sitzungskalender des Kreistages Oder-Spree für das Jahr 2025
Beschlussvorlage: 080/2024
28. Informationen aus der Verwaltung und Fragen

II. Nichtöffentlicher Teil:

1. Bestätigung der Niederschrift der Sitzung vom 25.09.2024 - nichtöffentlicher Teil
2. Beratung: Beschlussfassung eines öffentlichen Dienstleistungsauftrages zum On-Demand-Angebot DALLI
Beschlussvorlage: 093/2024
3. Kreisausschuss als Vergabeausschuss
- 3.1. Vergabe Los 03 Rohbauarbeiten für die Maßnahme Errichtung eines zweiten Erweiterungsneubaus an der Gesamtschule 3 in Eisenhüttenstadt

I. Öffentlicher Teil:

Zu TOP 1 Feststellung der ordnungsgemäßen Einladung und Beschlussfähigkeit

Der Vorsitzende des Kreisausschusses, Herr Dr. Philip Zeschmann, eröffnet die 3. Sitzung des Kreisausschusses und begrüßt alle Anwesenden.
Die ordnungsgemäße Einladung und Beschlussfähigkeit wird festgestellt.
Einwendungen liegen nicht vor.

Zu TOP 2 Bestätigung der Tagesordnung

Der Vorsitzende informiert, dass ein zusätzlicher TOP 3 im nichtöffentlichen Teil zu einer Vergabe in die Tagesordnung aufzunehmen sei.

Darüber hinaus sei über vier Eilanträge für die Aufnahme in die Tagesordnung abzustimmen. Diese seien zwar nicht unbedingt eilbedürftig, aber im Interesse des Landkreises und seiner Bürger plädiere er und die AfD-Fraktion dafür sie trotzdem zu behandeln.
Einwendungen hierzu gibt es nicht.

Weitere Änderungen und Anmerkungen werden von den Anwesenden nicht vorgetragen.

Der Vorsitzende empfiehlt, den Tagesordnungspunkt 23 – Informationsdrucksache Amt 30 – vorzuziehen und hinter TOP 3 – Bestätigung der Niederschrift – zu positionieren.

einstimmig zugestimmt

Ja 8 Nein 0 Enthaltung 5

Der Vorsitzende begrüßt die jetzt um 17.35 Uhr eintreffenden Mitglieder Herrn Schroeder und Herrn Papendieck.

Herr Dr. Zeschmann bittet nun um Abstimmung über die geänderte Tagesordnung insgesamt.

mehrheitlich zugestimmt

Nein 0 Enthaltung 0

Zu TOP 3 Bestätigung der Niederschrift der Sitzung vom 25.09.2024 - öffentlicher Teil

Der Vorsitzende stellt fest, dass keine Hinweise oder Änderungswünsche zur Niederschrift vom 25.09.2024 – öffentlicher Teil – vorliegen.

Zu TOP 4 Informationsdrucksache Amt 30

Der Vorsitzende übergibt das Wort an Herrn Gehm.

Herr Gehm erläutert die Änderungen in der Hauptsatzung und Geschäftsordnung. Eingebraachte Änderungswünsche von den Fraktionen seien eingearbeitet worden.

Herr Dr. Zeschmann bemängelt, dass die vorgesehenen Änderungen zum Petitionsrecht den Eindruck erwecken, als ob Petitionen zukünftig nicht mehr unbedingt beim Kreistag ankommen, weil sie allgemein an den Landkreis gerichtet werden sollen und der Landrat dann entscheidet wer sie bearbeitet und beantwortet werden. Damit würde der direkte Kontakt von Bürgern sich an den Kreistag als demokratisch gewählte Vertretung der Bürger wenden zu können ausgehebelt.

Herr Hilke erklärt die Neuregelung des Petitionsrechts. Es sei in Bearbeitung durch die Kreisverwaltung, sich auf der Homepage des Landkreises als Präsidium zu präsentieren, um den Bürgern die Formen und Möglichkeiten des Petitionsrechts darzustellen. Entsprechende Formulare werden an dieser Stelle zum Abruf bereitgestellt. Eine Auseinanderhaltung von Anträgen an die Kreisverwaltung und/oder den Kreistag sei somit möglich. Bei mehr als hundert Anfragen etc. im Monat sei eine Vorauswahl erforderlich.

Herr Gehm ergänzt, dass das Präsidium nur eine beratende Funktion ausübe und die Beschlussfassung weiterhin im Kreistag erfolge.

Frau Wunsch erklärt, dass das gesetzlich geregelte Petitionsrecht in der Kommunalverfassung nur noch Petitionen an den Landkreis gerichtet, vorsehe. Anhand der Zuständigkeiten erfolge eine Verteilung, damit Bürger zeitnah für Fachfragen Antworten erhalten können.

Herr Steffen fügt hinzu, dass bei Dienstaufsichtsbeschwerden eine zwingende Vorlage im Kreistag erforderlich sei.

Zur Geschäftsordnung wird kein Diskussionsbedarf festgestellt.

Herr Schapke spricht im Namen seiner Fraktion, die eine Änderung, in Form der Erhöhung der Zahl der sachkundigen Bürger, in der Zuständigkeitsordnung eingebracht habe.

Herr Schroeder weist auf die rechtlichen Vorgaben der Kommunalverfassung hin.

Es wird die Notwendigkeit eines einstimmigen Beschlusses des Kreistages betont, um von der Verteilung nach Hare-Niemeyer abweichen zu können. Es müsse aber eine absolute Zahl benannt werden und keine Formulierung relativ zu der Zahl der Fraktionsmitglieder.

Es besteht Einigkeit darüber, dass die Fraktion BVB/Freie Wähler einen konkreten Vorschlag zur Anzahl der sachkundigen Bürger machen solle.

ohne Abstimmung

Zu TOP 5 Antrag zur Senkung der Kreisumlage für das Haushaltsjahr 2025 auf 33 % Vorlage: 24/BVB/Freie Wähler/2024

Herr Schapke berichtet, dass ein von mehreren Bürgermeistern und Amtsdirektoren eingebrachter Vorschlag zur Senkung der Kreisumlage seine Fraktion bewogen habe, diesen Antrag einzubringen.

Herr Dr. Mernitz äußert Bedenken, da die Rücklagen des Kreises für zukünftige Investitionen, wie Schulneubau, benötigt werden.

Als zweiten Punkt spricht er über die Kürzung der freiwilligen Aufgaben. Hier habe man sich den DALLI-Bus als wichtigen Bestandteil des ÖPNV-Konzepts in ländlichen Gebieten angesehen, der vermutlich als ehesten kürzbar wäre, aber nicht im Sinne der Fraktion.

Herr Papendieck hebt die Bedeutung des Kreisstrukturfonds hervor, der Kommunen bei der Kofinanzierung von Projekten unterstütze.

Er betont weiterhin die Bedeutung des DALLI-Busses für Jugendliche und Menschen in abgelegenen Gebieten. Er weist darauf hin, dass Kürzungen bei freiwilligen Aufgaben, wie dem DALLI-Bus, negative Auswirkungen haben könnten.

Herr Papendieck spricht über die Notwendigkeit, Musikschullehrer fest anzustellen, was zu einem Personalaufwuchs führe. Einsparungen im Personalbereich seien schwierig, da viele Stellen für wichtige Aufgaben, wie Wohngeldbearbeitung und Schulbau, benötigt werden.

Herr Schroeder argumentiert, dass eine kurzfristige Senkung der Kreisumlage langfristig schädlich sein könne, da sie die Rücklagen aufbrauchen würde.

Er betont die Bedeutung von Investitionen in Form von Digitalisierung, um langfristig Einsparungen zu erzielen.

Herr Dr. Zeschmann führt aus, dass der Kreisausschuss mit diesem Antrag bei einer Kernfrage einer jeden Haushaltsaufstellung angekommen sei: Dem fairen Ausgleich zwischen den finanziellen Erfordernissen des Landkreises einerseits und der kreisangehörigen Kommunen andererseits. Angesichts der kommunalpolitischen Verankerung vieler Mitglieder des KA auf der kreislichen und gemeindlichen Ebene sei es schwer beiden Seiten gerecht werden zu können. In den zurückliegenden Jahren seit 2014 habe es sich vielfach für eine Reduzierung der Kreisumlage und für Möglichkeiten der Rückgabe zu viel veranlagter Kreisumlage eingesetzt. Nach dem von Dombert und Partner 2015 als Kompromissversuch zwischen kreisangehörigen Kommunen und Landkreis erstellten Rechtsgutachten seien dafür nur zwei Wege möglich: 1. Planung defizitärer Haushalte, bei deren Umsetzung sich die Rücklagen des Kreises verringert hätten und 2. ein „Kreisstrukturfonds“ zur Rückgabe eines kleinen Teils der Einnahmen aus der Kreisumlage mindestens an bedürftige Kommunen. Da man nunmehr endlich die vielen schon lange geplanten Schulneubauten und -Sanierungen auch baulich umzusetzen beginne und damit die finanziellen Rücklagen genau dafür benötige, spricht er sich für die Beibehaltung der im landesweiten Vergleich inzwischen niedrigsten Kreisumlage aus.

Damit bleibt als Ausgleichsmechanismus allein der Kreisstrukturfonds übrig, der aufgrund der damit verbundenen Bürokratie für Kreis- und Kommunalverwaltungen jedoch nicht die beste Lösung wäre.

Herr Lindemann merkt an, dass dem Antrag keine Analyse zugrunde liege, wo sich wirklich Kostenpositionen verbergen, die man hinterfragen sollte.

Herr Schapke ergreift noch einmal das Wort und erklärt, dass eine bessere Ausformulierung zur Überprüfung der Diskrepanz zwischen freiberuflichen und angestellten Leistungen kommen werde. Er übt Kritik an der Kreisverwaltung, die zu viel Personal für Fördermittelbindung einsetze.

Herr Wernicke informiert, dass seine Fraktion einen Antrag zur Überprüfung des BNB-Standards bei Neubauten einbringen werde. Ziel sei es, Kosten und Nutzen zu reflektieren und eventuell Kosten einzusparen, um aber auch die Leistungsfähigkeit des Landkreises und der Gemeinden zu stärken.

Der Vorsitzende bittet um Abstimmung des Antrages für die Überweisung an den Kreistag.

mehrheitlich abgelehnt

Ja 2 Nein 7 Enthaltung 5

**Zu TOP 6 Richtlinie zur Förderung des ambulanten Weiterbildungsabschnittes in der Allgemeinmedizin im Rahmen des Kompetenzweiterbildungsnetzwerkes des Landkreis Oder-Spree
Vorlage: 25/SPD und B´90/Grüne/2024/1**

Herr Papendieck erklärt die Einbringung des Antrages, der u. a. die Beantragung der Erhöhung der geförderten Stellen von drei auf fünf umfasst.

Als weiterer Punkt solle eine Anpassung der Fördersummen an die gestiegenen Krankenkassenleistungen erfolgen.

Der Vorsitzende bittet um Abstimmung des Antrages für die Überweisung an den Kreistag.

einstimmig zugestimmt

Nein 0 Enthaltung 0

**Zu TOP 7 Anpassung der Richtlinie über die Gewährung einer Studienbeihilfe für Medizinstudenten im Landkreis Oder-Spree
Vorlage: 26/SPD und B´90/Grüne/2024**

Herr Papendieck erläutert die Einbringung des Antrages mit dem Ziel der Reduzierung der geförderten Medizinstudenten von zehn auf fünf bei gleichzeitiger Verdopplung der Fördersummen. Ziel sei es, die Attraktivität für Medizinstudenten zu erhöhen, da bisher keine Studenten gefunden und gefördert werden konnten.

Der Vorsitzende bittet um Abstimmung des Antrages für die Überweisung an den Kreistag.

einstimmig zugestimmt

Nein 0 Enthaltung 0

**Zu TOP 8 Änderungsantrag zum Haushaltsentwurf 2025 - Finanzielle Absicherung der Vorhaben Gymnasium Schöneiche und Gesamtschule Erkner
Vorlage: 27/SPD und B´90/Grüne/2024/1**

Herr Papendieck gibt bekannt, dass die Streichung der Punkte eins bis fünf erfolge mit der Ersetzung mit folgendem Text:

Der Kämmerer sichert zu, dass die notwendigen Mittel für die Planung der Schulen in Schöneiche (Gymnasium) und Erkner (Gesamtschule) zur Verfügung gestellt werden.

Herr Dr. Zeschmann führt aus, dass er selbst viele Jahre für die Umsetzung gerade auch dieser Schulbauten gekämpft habe, aber ein nach den Ausführungen von Herrn Buhrke haushalterisch nicht bindender und rechtlich nicht zulässiger Antrag nicht mehr als sinnlose reine Symbolpolitik wäre. Daher werde sich seine Fraktion hier enthalten müssen.

Punkt sechs wird zu Punkt zwei.

Der Vorsitzende bittet um Abstimmung des Antrages für die Überweisung an den Kreistag.

einstimmig zugestimmt
Nein 0 Enthaltung 4

**Zu TOP 9 Beratung: Aktivierung Klimaschutzmonitoring
Vorlage: 17/Die Linke/Tierschutzpartei/2024/NEU**

Herr Dr. Mernitz erklärt, dass der Antrag schon im letzten Kreistag eingebracht und in die Fachausschüsse zurückverwiesen worden sei und dort ausführlich behandelt wurde. Insofern seien weitere Ausführungen nicht erforderlich.

Der Vorsitzende bittet um Abstimmung des Antrages für die Überweisung an den Kreistag.

mehrheitlich zugestimmt
Ja 7 Nein 5 Enthaltung 3

**Zu TOP 10 Beratung: Verwendung der investiven Mittel des Landkreises strickt nach Priorität
Vorlage: 18/AfD/2024**

Herr Dr. Wand nennt Beweggründe für die Entstehung des Antrages. Er referiert, dass es nach den Ausführungen von Frau Kaiser Ziel der Verwaltung sei, durch die Sanierung des Hauses Hoffnung teure Verträge zu bestehenden Kapazitäten abzulösen und keine zusätzlichen Plätze zu schaffen. Entsprechend der Vertragslaufzeiten in Erkner, Schöneiche und Bad Saarow reduzieren sich mittelfristig nach einem zwischenzeitlichen Anstieg bis Ende 2026 die Zahlen für die Unterbringung wieder auf ungefähr die heutige Zahl. Die Fraktion möchte dieses Ziel mittelfristig keine weiteren Plätze auszubauen unterstützen, sowie die Herstellung einer Verbindlichkeit dieses Planes schaffen. An die Einwohner solle ein klares Signal gesetzt werden, dass nach zehn Jahren die richtigen Prioritäten gesetzt werden.

Herr Steffen unterstreicht, dass es nicht korrekt dargestellt wurde, dass die Verwaltung keine Kapazitäten ausbaue.

Man habe aufgrund der Prognosen aus 2023 Entscheidungen getroffen, dass entsprechende Kapazitäten geschaffen werden, damit nicht wieder Turnhallen oder ähnliches beansprucht werden müssen. Somit habe man derzeit nicht erforderliche Kapazitäten. Zukunftsorientiert könne man aber die Entwicklung politischer Aktivitäten nicht vorhersagen. Eine Desinvestition in Schulen oder anderen Einrichtungen wegen der Flüchtlingsunterbringung weise er entschieden zurück.

Der Vorsitzende bittet um Abstimmung des Antrages für die Überweisung an den Kreistag.

mehrheitlich abgelehnt
Ja 5 Nein 8 Enthaltung 2

Zu TOP 11 Der DLRG langfristig Planungssicherheit und ein sicheres zu Hause in unserem Landkreis geben
Vorlage: 19/AfD/2024/1

Herr Aulich nennt kurz die zwei Möglichkeiten, um der DLRG zukünftig Planungssicherheit zu geben. Entweder ein Grundstücksverkauf zu einem günstigen Preis an die Stadt Fürstenwalde und weitere Überlassung an die DLRG – mit dem Antrag vorgeschlagen war ursprünglich ein symbolischer Euro oder Nutzungsübertragung per Erbpacht zu einem günstigen Erbpachtzins. Beides sei nun Bestandteil des überarbeiteten Antrages der AfD-Fraktion.

Herr Papendieck spricht zu den von seiner Fraktion und vier weiteren Fraktionen eingebrachten Antrag zum kommenden Kreistag zur gleichen Thematik mit weiteren Bestandteilen. Abstimmungen mit der Stadt Fürstenwalde und dem DLRG seien erfolgt.

Herr Hilke ist der Meinung, dass der Antrag der Fünf Fraktionen, der am 20.11.2024 im Kreistagsbüro eingegangen sei, im Kreistag eingebracht werde und der Antrag von der AfD eine Schnittmenge haben. Den Fünf-Fraktionen-Antrag könne man als Änderungsantrag zu dem AfD-Antrag sehen, weil er der weitergehende Antrag wäre. Seiner Meinung nach, müsse hierüber zuerst abgestimmt werden.

Der Vorsitzende bittet erneut zu beachten, dass der Fünf-Fraktionen-Antrag heute nicht zur Abstimmung vorliege und deren Inhalt nicht bekannt sei, außer den Einreichenden.

Herr Papendieck bestätigt die Einbringung zum Kreistag.

Herr Buhrke gibt einen Sachstandsbericht und erklärt, dass die Verwaltung eine Überlassung verbilligter Grundstücke nicht vornehmen dürfe und der Weg ausschließlich über den Kreistag führe. Eine favorisierte Lösung könne ein Erbbaurechtsvertrag direkt mit der DLRG sein, mit dem Landkreis als Eigentümer.

Herr Schroeder stellt einen Geschäftsordnungsantrag und beantragt, über den vorliegenden AfD-Antrag im Kreisausschuss nicht abstimmen zu lassen und ihn im Kreistag zu behandeln, da es einen weitergehenden Fünf-Fraktionen-Antrag gäbe.

Herr Papendieck signalisiert, dass der Antrag keine Unterstützung seitens seiner Fraktion erhalten werde.

Herr Aulich, Herr Dr. Mernitz und Herr Schapke plädieren für die Abstimmung des vorliegenden Antrages, da der Fünf-Fraktionen-Antrag derzeit noch nicht vorliege. Über beide Anträge könne man erst im Kreistag befinden.

Herr Dr. Zeschmann führt als Ausschussvorsitzender aus, dass nach seiner Kenntnis der Kommunalverfassung kein Antrag einer Fraktion von der Tagesordnung genommen werden dürfe. Dies betreffe natürlich auch die abschließende Abstimmung zu diesem Antrag. Dem widerspricht Herr Schröder vehement. Daraufhin beantragt der Vorsitzende eine kurze Pause, um Klärung zu erlangen, wie weiter verfahren werden solle.

Die antragstellende Fraktion habe den Antrag nicht zurückgezogen, ein weitergehender Antrag solle für den kommenden Kreistag vorliegen, aber nicht für den heutigen Kreisausschuss. Demzufolge bittet er um fünf Minuten Pause zu Rechtlichen Prüfung.

Die Beratung habe ergeben, dass Anträge zur Geschäftsordnung zum Übergang zum nächsten Tagesordnungspunkt möglich seien, aber nicht unter welchen Bedingungen.

Anträge, die von der einreichenden Fraktion nicht zurückgezogen werden, sind zur Abstimmung zu bringen.

Der Vorsitzende bittet um Abstimmung des Antrages für die Überweisung an den Kreistag.

mehrheitlich abgelehnt

Ja 5 Nein 6 Enthaltung 2

**Zu TOP 12 Beratung: Verpflichtung von Asylbewerbern zur Arbeitsaufnahme:
Etablierung von Arbeitsgelegenheiten gemäß § 16d SGB II sowie § 5
Asylbewerberleistungsgesetz (AsylbLG) im Landkreis Oder-Spree
Vorlage: 20/AfD/2024**

Herr Dr. Wand führt zur Entstehung dieses Antrages aus, dass zum Zeitpunkt der Erstellung die Erkenntnis nicht vorgelegen habe, dass es bereits einen Antrag von der CDU vom 08.05.2024 gegeben habe, mit entsprechender Beschlussfassung.

Inhaltlich sei dieser mit dem jetzt vorliegenden Antrag identisch, mit der Ausnahme, dass der AfD-Antrag weitergehend sei. Man nehme den Landkreis in die Pflicht für die Erstellung eines konkreten Konzeptes mit einer konkreten Fristsetzung.

Aufgrund der schon vorliegenden Beschlussfassung aus 2024 zu dieser Thematik, schlagen Herr Papendieck und Herr Dr. Mernitz eine Zurückziehung des Antrages vor.

Herr Aulich hält es für wichtig, dass es ein Konzept für eine gute Zusammenarbeit mit den Kommunen unter der Federführung des Landkreises geben müsse, um im Nachgang auch regelmäßig Bericht erstatten zu können.

Frau Kaiser bittet zu beachten, dass es eine Änderung im Asylbewerberleistungsgesetz gegeben habe. Hinsichtlich der Vergabe von Arbeit, müsse nicht mehr darauf geachtet werden, ob die Gewährleistung vorrangig auch durch Dritte durchgeführt werden könne. Dies sei durch das Rückführungsverbesserungsgesetz herausgenommen worden.

Seit Mai dieses Jahres habe die Verwaltung Anstrengungen mit den Kommunen vorgenommen, diese Maßnahmen zu konzipieren, um sie auch in die Tat umsetzen zu können.

Die vorgeschriebene Begleitung dieser Maßnahmen koste rund 45.000 Euro.

Forderungen gegenüber dem Land werden weiter aufrechterhalten, was gegenwärtig nicht bereit ist, finanziell Unterstützung zu geben.

Herr Dr. Zeschmann fragt nach wie auf Basis des vormals beschlossenen Antrags der CDU-Fraktion eine möglichst vollständige Umsetzung mit allen Kommunen im Kreis erfolgen solle, wenn im Haushaltsplan 2025 kein Geld für die erforderliche Begleitung eingestellt ist. Was nicht im Haushalt stünde können auch nicht umgesetzt werden.

Ein kleiner Teil für die Begleitung weitere Maßnahmen sei im Haushaltsansatz eingeplant, der aber bei einer systematischen Umsetzung nicht ausreichen werde. Durch die Bemühungen mit den Trägern und Kommunen kenne man erst jetzt nach der Haushaltsplanung die tatsächlichen Kosten.

Der Vorsitzende bittet um Abstimmung des Antrages für die Überweisung an den Kreistag.

mehrheitlich abgelehnt

Ja 5 Nein 7 Enthaltung 3

Zu TOP 13 Beratung: Änderung der Satzung des Landkreises Oder-Spree über die Erhebung von Gebühren für die Benutzung der Abfallentsorgungsanlagen - Benutzungsgebührensatzung - Vorlage: 081/2024

Wortmeldungen gibt es nicht.

Der Vorsitzende bittet um Abstimmung der Vorlage für die Überweisung an den Kreistag.

einstimmig zugestimmt

Nein 0 Enthaltung 0

Zu TOP 14 Beratung: Änderung der Satzung des Landkreises Oder-Spree über die Erhebung von Gebühren für die Abfallentsorgung - Abfallgebührensatzung - Vorlage: 082/2024

Auch hier werden keine Wortmeldungen festgestellt.

Der Vorsitzende bittet um Abstimmung der Vorlage für die Überweisung an den Kreistag.

einstimmig zugestimmt

Nein 0 Enthaltung 2

Zu TOP 15 Beratung: Satzung für das Jugendamt des Landkreises Oder-Spree Vorlage: 085/2024

Wortmeldungen gibt es nicht.

Der Vorsitzende bittet um Abstimmung der Vorlage für die Überweisung an den Kreistag.

einstimmig zugestimmt

Nein 0 Enthaltung 0

**Zu TOP 16 Beratung: Kinderschutzmonitoring des Jugendamtes des Landkreises Oder-Spree - Jährliches Monitoring zu Entwicklungen und Tendenzen der Meldungen und der tatsächlich festgestellten Kindeswohlgefährdungen im Landkreis Oder-Spree - Berichtszeitraum 2023
Vorlage: 086/2024**

Wortmeldungen gibt es nicht.

Der Vorsitzende bittet um Abstimmung der Vorlage für die Überweisung an den Kreistag.

einstimmig zugestimmt
Nein 0 Enthaltung 0

**Zu TOP 17 Beratung: Rettungsdienstgebührensatzung 2025
Vorlage: 098/2024**

Wortmeldungen gibt es nicht.

Der Vorsitzende bittet um Abstimmung der Vorlage für die Überweisung an den Kreistag.

einstimmig zugestimmt
Nein 0 Enthaltung 0

**Zu TOP 18 Beratung: Entwurf Haushaltssatzung mit Haushaltsplan für das Haushaltsjahr 2025
Vorlage: 083/2024**

Herr Buhrke gibt eine kurze Einleitung zum Haushaltsplan und erklärt, dass dieser bereits ausführlich im Fachausschuss behandelt wurde.

Auf zwei Punkte möchte er dennoch hinweisen. Zur Abwägung der Beurteilung der finanziellen Leistungsfähigkeit der kreisangehörigen Kommunen, die als Anlage zur Beschlussvorlage vorliege, werde es ein neues Verfahren geben. Voraussetzung sei eine frühzeitige Gesprächsführung mit den Städten und Gemeinden und die Einbindung des Finanzausschusses außerhalb der Haushaltsberatungen, um den Finanzbedarf gut abwägen zu können.

Der zweite Punkt für eine Abwägung ist der Kreisstrukturfonds, wo Gemeinden die Möglichkeit geboten werde, Investitionen durchzuführen. Konsequenzen hierbei seien bereits aufgeführt.

Der Landrat erhält das Wort und stellt anhand einer Präsentation die Stellenentwicklung der Verwaltung vor (siehe Anlage 2).

Auf die Frage vom Vorsitzenden hinsichtlich der Bereitstellung einer Übersicht für noch in der Förderung befindliche Stellen und Stellen, die in eine dauerhafte überführt worden seien, antwortet der Landrat, dass er in Kombination mit einer Anfrage von BVB/Freie Wähler bereits in der Verwaltungsleitung über eine Verständigung nachgedacht habe, wie dies nachvollziehbar aufbereitet werden könne.

Der Vorsitzende bittet nun um Abstimmung der Vorlage für die Überweisung an den Kreistag.

mehrheitlich zugestimmt
Ja 8 Nein 1 Enthaltung 6

**Zu TOP 19 Beratung: Richtlinie zur Förderung der Verbände und Beiräte für Senioren und Menschen mit Behinderung
Vorlage: 025/2024/1/NEU/NEU**

Wortmeldungen gibt es nicht.

Der Vorsitzende bittet um Abstimmung der Vorlage für die Überweisung an den Kreistag.

einstimmig zugestimmt
Nein 0 Enthaltung 0

**Zu TOP 20 Beratung: Streichung der Höchstfördersummen aus den Richtlinien über die Gewährung von Zuwendungen zur Förderung ambulanter sozialer Dienste und über die Gewährung von Zuwendungen im Bereich Psychiatrie und Suchthilfe - Fachförderrichtlinie Gesundheitsamt - im Landkreis Oder-Spree
Vorlage: 090/2024**

Herr Schroeder berichtet von der Beratung in seiner Fraktion, die Höchstfördersummen nicht dauerhaft aus den Richtlinien, sondern befristet herauszunehmen, um sie nur greifen zu lassen, wenn es keine Sozialplanung gäbe. Für die Auszahlung dieser Mittel müsse aber eine Sozialplanung vorliegen. Seiner Meinung nach sei noch nicht richtig erfasst, wofür diese Aufhebung der Höchstfördersummen gebraucht werde.

Herr Schroeder verknüpft das Vorgetragene mit der Bitte, dass die Verwaltung sich den Vorschlag zu eigen macht oder er aber einen Änderungsantrag einbringen werde.

Herr Hilke ergänzt, dass ihm der Wegfall der Höchstfördersummen sinnvoll erscheine. Um aber haushaltsneutral zu sein, müsse dargestellt werden, wo Mehrbedarf und ein Wegfall bei weniger Bedarf entstehe, um die Gesamtsumme einzuhalten. Weiterhin wünsche er sich eine Auflistung mit der Trennung von tatsächlich pflichtigen und freiwilligen Leistungen.

Frau Kaiser geht auf den Vorschlag von Herrn Schroeder ein, dass die Verwaltung sich diese Änderung zu eigen machen werde. Sie informiert, dass längerfristig gesehen, ab 2026, eine neue Richtlinie in Kraft gesetzt werden solle. Erste Informationen werde es im Fachausschuss geben, um entsprechende Anregungen für die Beschlussfassung mit aufnehmen zu können. Zu den Ausführungen von Herrn Hilke bietet sie für den kommenden Fachausschuss eine detaillierte Ausführung an.

Der Vorsitzende bittet um Abstimmung der Vorlage für die Überweisung an den Kreistag.

mehrheitlich zugestimmt
Nein 1 Enthaltung 2

**Zu TOP 21 Beratung: Weiterentwicklung von Sozialarbeit an Schulen im Landkreis Oder-Spree - Fortschreibung der Richtlinien über die Förderung von Personalkosten für sozialpädagogische Fachkräfte in der Kinder- und Jugendarbeit im Landkreis Oder-Spree
Vorlage: 087/2024**

Wortmeldungen gibt es nicht.

Der Vorsitzende bittet um Abstimmung der Vorlage für die Überweisung an den Kreistag.

einstimmig zugestimmt
Nein 0 Enthaltung 1

**Zu TOP 22 Beratung: Bestellung eines Prüfers des Rechnungs- und Gemeindeprüfungsamtes des Landkreises Oder-Spree
Vorlage: 097/2024**

Der Landrat, Herr Steffen, schlägt im Einvernehmen mit dem Leiter des Rechnungs- und Gemeindeprüfungsamtes, Herrn Martin, Frau Wollank als Prüferin vor.

Auf Nachfrage wird erklärt, dass Frau Wollank seit August 2023 im Amt tätig sei und die Einarbeitung erfolgreich abgeschlossen habe.

Der Vorsitzende bittet um Abstimmung der Vorlage für die Überweisung an den Kreistag.

einstimmig zugestimmt
Nein 0 Enthaltung 0

**Zu TOP 23 Beratung: Festsetzung des Wasserschutzgebietes Beeskow
Vorlage: 084/2024**

Herr Dr. Zeschmann hinterfragt, welche Vorteile die Stadt Beeskow ziehe, was die Entwicklung von Bauland und anderen innerstädtischen Flächen betreffe.

Herr Gehm führt aus, dass sich das Wasserschutzgebiet erheblich vergrößere. Für weitere Informationen könne man sich die im Ausschuss für Bauen, Ordnung und Umwelt hinterlegte Präsentation anschauen.

Vorteile für die Stadt Beeskow würden sich nicht ergeben.

Der Vorsitzende bittet um Abstimmung der Vorlage für die Überweisung an den Kreistag.

einstimmig zugestimmt
Nein 0 Enthaltung 0

**Zu TOP 24 Beratung: ÖPNV-Investitionsplan für das Jahr 2025
Vorlage: 092/2024**

Wortmeldungen gibt es nicht.

Der Vorsitzende bittet um Abstimmung der Vorlage für die Überweisung an den Kreistag.

einstimmig zugestimmt

Nein 0 Enthaltung 0

**Zu TOP 25 Beratung: Grundsatzbeschluss zur Vorbereitung des Neubaus eines Radweges im Tesla-Umfeld RW 05.1 Bahnhof Fangschleuse neu – Gottesbrück
Vorlage: 096/2024**

Wortmeldungen gibt es nicht.

Der Vorsitzende bittet um Abstimmung der Vorlage für die Überweisung an den Kreistag.

einstimmig zugestimmt

Nein 0 Enthaltung 0

**Zu TOP 26 Beratung: Baubeschluss zum Neubau eines straßenbegleitenden Radweges parallel zur Kreisstraße K 6740, Abschnitt 010, 2. BA OA Demnitz - L 38
Vorlage: 095/2024**

Wortmeldungen gibt es nicht.

Der Vorsitzende bittet um Abstimmung der Vorlage für die Überweisung an den Kreistag.

einstimmig zugestimmt

Nein 0 Enthaltung 0

**Zu TOP 27 Beratung: Sitzungskalender des Kreistages Oder-Spree für das Jahr 2025
Vorlage: 080/2024**

Wortmeldungen gibt es nicht.

Der Vorsitzende bittet um Abstimmung der Vorlage für die Überweisung an den Kreistag.

einstimmig zugestimmt

Nein 0 Enthaltung 0

Zu TOP 28 Informationen aus der Verwaltung und Fragen

Herrn Buhrke wird zur angekündigten Eilentscheidung 099/2024 das Wort erteilt. Er informiert anhand des ihm vorliegenden Dokumentes über die Entscheidung, welche als Beschlussvorlage 099/2024 in den Kreistag am 04.12.2024 eingebracht werde.

Frau Kaiser spricht zur Eilentscheidung 100/2024, die ebenfalls als Beschlussvorlage in den Kreistag am 04.12.2024 eingebracht werde.

Der Landrat gibt Ausführungen zur Neubesetzung der Beigeordnetenstellen, die im nächsten Jahr am 30.06.2025 auslaufen werden.

Es gebe einen Zeitplan für die Nachbesetzung bzw. Ausschreibung der Stelle des Beigeordneten des Dezernates II. Auch wenn die Kommunalverfassung keine Einarbeitung vorsehe, plane man Übergangsphasen mit geeigneten Bewerbern. Der Zeitplan in Papierform wird den Mitgliedern ausgehändigt.

Als nächsten Punkt bezieht sich Herr Steffen auf den § 59 Absatz 5 Kommunalverfassung, der eine Wiederwahl bei Beigeordneten, die bereits im Amt sind, ermögliche, unter Verzicht einer Ausschreibung. Das wiederum sei frühestens sechs Monate vor Freiwerden der Stelle durchführbar. Herr Gehm habe seine Bereitschaft erklärt, weiter Beigeordneter zu sein. Herr Steffen richtet eine Bitte an die Fraktionen, ihm bis Ablauf des Jahres zu signalisieren, ob ein Verzicht für eine Ausschreibung in Betracht komme.

Herr Dr. Zeschmann gibt seine diesbezüglichen Erfahrungen aus den letzten 16 Jahren im Kreistag zur Kenntnis. Demnach sei es wohl bereits seit 1990 immer so abgelaufen, dass die Leitungsebene der Kreisverwaltung immer paritätisch nach der Stärke der Fraktionen im Kreistag besetzt worden seien. Genau deshalb sei Herr Gehm auch 1. Beigeordneter, weil die CDU zum damaligen Zeitpunkt die zweitstärkste Fraktion im Kreistag gewesen sei. Demnach stünde der AfD-Fraktion als stärkster Fraktion im Kreistag jetzt auch die Position des ersten Beigeordneten zu.

Dem widerspricht der Landrat, dass dies nicht nach der Größe der Fraktionen erfolge, da es sich um Wahlbeamtenstellen handele. Es gelte die Bestenauslese bzw. seien die Qualifikationsanfordernisse erfüllt, finde das auch bei dem Vorschlag Berücksichtigung.

Herr Hilke ergänzt, dass diese Art der Vorschlagsmöglichkeiten immer in Zusammenarbeit mit dem jeweiligen Landrat im Rahmen von Koalitionen durchgeführt werden konnte.

Weitere Fragen an die Verwaltung gibt es nicht.

Der Vorsitzende schließt den öffentlichen Teil und bittet um Herstellung der Nichtöffentlichkeit.

Dr. Philip Zeschmann
Vorsitzender des Kreisausschusses

Birgit Richter
Protokollantin